



Konferenz Kantonaler Energiedirektoren
Conférence des directeurs cantonaux de l'énergie
Conferenza dei direttori cantonali dell'energia
Conferenza dals directurs chantunals d'energia

Medienmitteilung vom 29. August 2016

EnDK empfiehlt die Atomausstiegsinitiative abzulehnen

Die EnDK beschloss am vergangenen Freitag im Rahmen ihrer Plenarversammlung in der Umwelt Arena Spreitenbach die Volksinitiative "Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie (Atomausstiegsinitiative)" grossmehrheitlich zur Ablehnung zu empfehlen. Die Kantone sehen die sichere Stromversorgung der Schweiz durch eine Annahme der Initiative erheblich gefährdet. Die Energiestrategie 2050, die der Bundesrat der Initiative als indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellt, sieht ebenfalls den Ausstieg aus der Kernkraft vor, stellt dem Umbau des Energiesystems jedoch die erforderliche Zeit zur Verfügung.

Die Atomausstiegsinitiative, welche am 27. November 2016 zur eidgenössischen Abstimmung gelangt, fordert ein Verbot für neue Kernkraftwerke und maximale Laufzeiten von 45 Jahren für bestehende Kernkraftwerke. Bei Annahme der Atomausstiegsinitiative würden die Kernkraftwerke Mühleberg, Beznau 1 und Beznau 2 entsprechend per Ende 2017 ausser Betrieb genommen. Die Kernkraftwerke Gösgen und Leibstadt würden 2024 respektive 2029 vom Netz gehen. Die Energiestrategie 2050 des Bundes, die der Bundesrat der Initiative als indirekten Gegenvorschlag gegenüberstellt, sieht ebenfalls den Ausstieg aus der Kernenergie vor. Die maximale Laufzeit von Kernkraftwerken ist darin jedoch nicht politisch auf 45 Jahre festgelegt, sondern wird von sicherheitstechnischen Vorgaben abhängig gemacht.

Mit der von der Atomausstiegsinitiative geforderten gleichzeitigen Ausserbetriebnahme von drei Kernkraftwerken per Ende 2017 wird die sichere Versorgung der Schweiz mit Strom höheren Risiken ausgesetzt. Wie die Planung der Ausserbetriebnahme von Mühleberg zeigt, wäre die Initiative technisch auch gar nicht umsetzbar. Der Wegfall der drei Kernkraftwerke führt wegen zusätzlichen Importen zu neuen Stromflüssen im Netz, was zu neuen akuten Netzengpässen führt. Die notwendigen Anpassungen der Netzinfrastrukturen werden nicht rechtzeitig erfolgen können. Bis diese Engpässe behoben sind, erhöht sich deshalb das Risiko von Stromausfällen vor allem im Winter erheblich. Zudem wird der zusätzlich notwendige Stromimport zu einem bedeutenden Anteil aus fossil oder nuklear betriebenen Kraftwerken stammen. Die frühzeitige Ausserbetriebnahme ist auch mit volkswirtschaftlichen Kosten und einer abnehmenden Wertschöpfung in der Schweiz verbunden. Die EnDK empfiehlt deshalb die Ablehnung der Initiative.

Gebäudepolitik 2050

Mit der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens hat sich die Schweiz ambitionierte klimapolitische Ziele gesetzt. Der Raumwärmebedarf im Gebäudebereich wird nach wie vor zu mehr als der Hälfte auf der Basis von fossilen Energien gedeckt. Der Gebäudebereich wird deshalb auch in Zukunft einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen beitragen müssen. Die Kantone gehen diese Aufgabe aktiv an und haben in der EnDK Plenarversammlung die "Gebäudepolitik 2050" verabschiedet, wonach die CO₂-Emissionen aus dem Gebäudebereich bis 2050 auf unter 20 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden sollen. Die "Gebäudepolitik 2050" zeigt aus heutiger Sicht auf, wie dieses langfristige Ziel etappenweise erreicht werden könnte.

Caterina Mattle wird auf den 1. Januar 2017 neue Generalsekretärin der Konferenz

Die Plenarversammlung wählte zudem die heutige stellvertretende Generalsekretärin, Caterina Mattle, zur neuen Generalsekretärin auf den 1. Januar 2017. Caterina Mattle ist Juristin und Rechtsanwältin und seit dem Herbst 2014 als stellvertretende Generalsekretärin bei der EnDK tätig. Zuvor arbeitete sie in einem

Postfach 690, 3000 Bern 7, Tel: +41 31 320 30 08 Email: info@endk.ch

international tätigen Energieunternehmen. Sie löst damit den seit 2012 interimistisch tätigen Generalsekretär Lorenz Bösch ab, der die Funktion im Mandat ausübt.

Auskunft erteilt:

Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli, Präsident der EnDK, Tel: 081 257 36 01, Email:mario.cavigelli@bvfd.gr.ch
Lorenz Bösch, Generalsekretär a.i., Tel: 079 426 54 19

Die EnDK das Energie-Kompetenzzentrum der Kantone

Die EnDK ist das gemeinsame Energie-Kompetenzzentrum der Kantone. Sie fördert und koordiniert die Zusammenarbeit der Kantone in Energiefragen und vertritt die gemeinsamen Interessen der Kantone. Der EnDK ist die Energiefachstellenkonferenz (EnFK) angegliedert, welche fachtechnische Fragen behandelt. Die EnDK will den Energiebedarf im Gebäudebereich, insbesondere in bestehenden Bauten senken, den verbleibenden Bedarf mittels Abwärme und erneuerbaren Energien decken und eine föderalistische Energiepolitik mit hoher Akzeptanz verfolgen. Die Konferenz wird durch Regierungsrat Dr. Mario Cavigelli, Bau-, Verkehrs- und Forstdepartement des Kantons Graubünden, präsiert.